

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 3

51. Jahrgang

März 1997

*Wer Deutschland für die Deutschen
reservieren will, schadet auch den Deutschen.*

Daniel Cohn-Bendit

Einwanderungsland Deutschland?

Derzeit haben die Deutschen schon einiges zu verkraften: die Arbeitslosigkeit hat Rekordhöhe erreicht, täglich mehreren sich Hiobsbotschaften über unsichere Renten oder gar den totalen Zusammenbruch des bisherigen Systems der Altersversorgung, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens scheint es überhaupt nur noch um leere Kassen und ums Sparen zu gehen.

Dazu drängte sich gleich zu Jahresbeginn ein weiteres politisches Thema auf die Tagesordnung, bei dem ebenfalls ein Problem- und Reformstau schon oft beklagt, auch ein entschiedeneres politisches Handeln wieder und wieder angemahnt wird. Es geht um den Umgang der Deutschen mit ihren über sieben Millionen ausländischen Mitbürgern und gleichzeitig um die Frage, wieviel an Zu- und Einwanderung künftig vorstellbar bzw. wünschenswert ist, wo die Grenzen liegen, soll ein gedeihliches Zusammenleben in diesem Land weiter möglich sein.

Dabei liegt die aktuelle Brisanz des Themas „Ausländer in Deutschland“ gerade in dem schwierigen Verhältnis zu den anderen Problemen, die es derzeit zu bewältigen gilt. Fest steht, daß unter den Vorzeichen einer wohl bleibend prekären Arbeitsmarktsituation und eines bis in seine Grundlagen erschütterten Systems sozialer Sicherung die Diskussion um die Gestaltung des wenn auch nicht klassischen, so doch faktischen „Einwanderungslands“ Deutschland noch sehr viel schwieriger geworden ist, die Situation nach einem noch höheren Maß an Sensibilität, aber auch an Mut und Ehrlichkeit von allen Beteiligten verlangt.

Ausgelöst wurde die neuerliche Debatte über den Umgang der Deutschen mit „ihren“ Ausländern und damit auch über die Ausländer-, Migrations- und Minderheitenpolitik zum

einen durch den Beschluß des Bundesinnenministers, einen Visumszwang für ausländische Kinder und Jugendliche aus den früheren Anwerbestaaten Türkei, Marokko, Tunesien und dem ehemaligen Jugoslawien einzuführen. Diese brauchten bisher keine eigene Aufenthaltsgenehmigung, verfügte mindestens ein in Deutschland dauerhaft lebender Elternteil über eine solche.

Das Gefühl, nicht wirklich erwünscht zu sein

Erneut entflammte – auch durch Parteifreunde von *Manfred Kanther* forciert – die Diskussion über den als unbefriedigend empfundenen Aufenthaltsstatus eines großen Teils der in Deutschland dauerhaft lebenden Ausländer. Wieder wurde die Forderung nach Liberalisierung des Ausländerrechtes und nach einer weiteren Erleichterung der Einbürgerung zugunsten einer höheren aufenthaltsrechtlichen Sicherheit für die hier lebenden Ausländer erhoben.

Erneut fiel damit auch der Blick auf die *lange schon angemahnte Reform des deutschen Staatsbürgerrechtes*. Denn der bei einem großen Teil der hier lebenden Ausländer durchaus vorhandene Wille zur Einbürgerung scheitert oft an der fehlenden Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Die bisher geforderte Absage an die alte Staatsbürgerschaft ist für die Betroffenen häufig mit Nachteilen verbunden; die Furcht vor kultureller und sozialer Heimatlosigkeit im Übergang läßt sich nicht leicht überwinden.

Als diesem Reformbemühen diametral gegenüberstehend wurde nun der Beschluß des Bundesinnenministeriums verurteilt, als Ausdruck und Produkt einer weiterhin nur defen-

siv und restriktiv ausgerichteten „Zugbrücken-Ausländerpolitik“. Außerdem laufe er allen rechtlichen wie den sozialen Status betreffenden Integrationsbemühungen und -erfolgen zuwider. Die Pflicht zu einer Aufenthaltsbewilligung, die auch die etwa 600 000 schon hier lebenden Kinder treffe, führe zu erheblicher Verunsicherung und einem Vertrauensverlust bei den hier lebenden ausländischen Familien, auch bei den Kindern und Jugendlichen selbst. Die in Deutschland geborenen und/oder aufgewachsenen Kinder müßten doch fast zwangsläufig das Gefühl bekommen, in Deutschland nicht wirklich erwünscht zu sein.

Unbestreitbar handelt es sich bei der sogenannten zweiten oder dritten Generation, den Enkeln, der meist als Gastarbeiter ins Land Gekommenen, um eine für die weitere Integration der hier lebenden Ausländer gleichermaßen wichtige wie sensible Gruppe. Dies läßt sich mit einer in jüngster Zeit zu beobachtenden Entwicklung unterstreichen: Bei jungen Türken läßt sich eine Reorientierung an Kultur, Religion und Lebensgewohnheiten der Türkei feststellen, obwohl die wenigsten von ihnen dort geboren wurden.

Dieses Gefühl wird sich erst recht aber den hier lebenden Ausländern aufdrängen, wenn wieder einmal die alte Frage neu aufgelegt wird: nehmen die Ausländer den Deutschen die immer knapper werdenden Arbeitsplätze weg? Kann diese Frage so diskutiert werden, daß die Generation, die einmal ins Land geholt wurde, nicht darin eine Mißachtung ihrer Leistung für den Wohlstand in diesem Land empfindet, eine Zurücksetzung ihres ganz persönlichen Beitrags zum „Wirtschaftswunder“?

Kontraproduktive Sprachverwirrung

Beim Thema „Ausländer in Deutschland“ herrschen dabei meist problematische Sprachverwirrung und kontraproduktives Durcheinander. Unter dem Label „Ausländer“ werden – von Aussiedlern über Asylanten, Flüchtlingen oder Asylbewerber bis zu den „klassischen“ Gastarbeitern – ganz unterschiedliche Gruppen, damit vor allem aber sehr verschieden gelagerte politische Fragestellungen abgehandelt. Ihr Aufenthalt ist teilweise ein humaner Akt, zu dem sich Deutschland im Grundgesetz oder in internationalen Verträgen verpflichtet hat, teilweise Konsequenz einer früheren Anwerbung von Arbeitskräften, teilweise Folge der ebenfalls grundgesetzlich garantierten und geschützten Wertschätzung der Institution Ehe und Familie, die sich schlechterdings nicht nur auf die „einheimische“ Bevölkerung beschränken läßt.

In einem Fall geht es um die Steuerungsmöglichkeit eines künftigen weiteren Zuzugs, um die ethische Legitimität, die Praktikabilität oder auch Effizienz und Zielsetzung von Einwanderungsquoten, im anderen um die soziale und rechtliche Absicherung eines Durchgangsaufenthalts, dann aber wiederum auch um konkrete Lebenslagen und -perspektiven von Migranten, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und kaum noch Rückkehrabsichten zeigen.

In der öffentlichen Wahrnehmung und Beobachtung mischen sich die Gruppen und ihre speziellen Fragestellungen jedoch meist sehr schnell, und es entsteht so ein abstraktes „Ausländerproblem“. Fast ausschließlich als Problem oder auch von Problemen Betroffene sind diese verschiedenen Gruppen dann auch in den deutschen Medien präsent. Für die dringend notwendigen weiteren Integrationsanstrengungen und die öffentliche Auseinandersetzung über den Umgang mit künftiger Zuwanderung kaum hilfreicher ist allerdings auch die gelegentliche Euphorie über entstehende multikulturelle Paradiise und die enorme Bereicherung des deutschen Volkes durch die Anwesenheit exotischer Kulturen und Lebensstile.

Gerade das Thema „ausländische Arbeitnehmer“ zeigt, wieviel mehr an differenzierender Wahrnehmung, Transparenz, an Aufklärung, aber ebenso an Ehrlichkeit auch in der öffentlichen Diskussion notwendig ist. So haben etwa Experten schon in vielen Studien zeigen können, daß die so verführerisch einfache Gleichung: „Weniger Ausländer, mehr Arbeitsplätze für Deutsche“ nicht aufgehen kann. Beim Blick auf die Gesamtzahl der Arbeitsbewilligungen für Ausländer etwa muß berücksichtigt werden, daß dabei auch Arbeiterlaubnisse mit einer Gültigkeit von nur wenigen Monaten mitgezählt werden.

Nach wie vor liegt die Arbeitslosenquote beim ausländischen Teil der Bevölkerung durchschnittlich höher als beim deutschen, woran sich so schnell auch kaum etwas ändern wird: Trotz aller Integrations- und Förderungsmaßnahmen bestehen auch weiterhin deutliche Bildungs- und Ausbildungsdefizite bei der nachwachsenden Ausländergeneration. Die generell abnehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten für ungelernete oder minderqualifizierte Arbeitskräfte trifft diese Gruppe damit besonders hart. Ebenso ist immer noch ein Großteil der ausländischen Arbeitnehmer in krisenanfälligen Wirtschafts- und Industriebereichen beschäftigt.

Umgekehrt hat aber ein beträchtlicher Teil der als „Gastarbeiter“ Gekommenen den Sprung in die Selbstständigkeit geschafft, etwa im Handwerk oder in der Gastronomie. Diese sorgen selbst damit wieder für Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen. Ebenso bleibt das zugegeben schon etwas abgegriffene Argument gültig: Immer noch werden von ausländischen Arbeitnehmern viele Jobs übernommen, für die sich Deutsche schwer finden lassen.

Die Situation stellt sich in jedem Fall also als äußerst komplex dar, zu Sündenböcken für die Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt taugen die in Deutschland beschäftigten Ausländer nicht. Den sogenannten „Modernisierungsverlierern“ in unserer Gesellschaft wird dies jedoch in vielen Fällen weiterhin solange plausibel erscheinen, wie Vorurteile und populistische Kurzschlüsse nicht entschieden und breitenwirksam entkräftet werden.

Ähnlich läßt sich gegen das vorschnelle „Ausländer nehmen den Deutschen die Wohnungen weg“ argumentieren. Auch diese Gleichung läßt sich mit konkreten Daten und Fakten kaum belegen; im Durchschnitt lebt der ausländische Bevöl-

kerungsanteil immer noch in sehr viel bescheideneren Wohnverhältnissen. Mehr Nüchternheit und Ehrlichkeit würden aber etwa auch der Abhandlung des Reizthemas Nummer eins, der „Ausländerkriminalität“ gut tun. Das Bundeskriminalamt selbst verwies in jüngster Zeit mehrfach darauf, daß die Straffälligkeit von Ausländern keinesfalls höher liegt als die der deutschen Bevölkerung. Der direkte Zahlenvergleich etwa ist nur dann aussagekräftig, wenn in Rechnung gestellt wird, daß auch Vergehen mitgezählt werden, die von Deutschen gar nicht begangen werden können, wie beispielsweise Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz. Hier Aufklärungsarbeit zur Förderung eines respektvollen Zusammenlebens von In- und Ausländern zu leisten, wird in dem Maße schwieriger, wie kaum ein Vorabendkrimi ohne den spektakulären Auftritt der Russemafia auszukommen scheint.

Die eigentliche Herausforderung für die politisch Verantwortlichen, aber etwa auch für die in der Ausländerarbeit wichtige Anwaltsfunktionen ausfüllenden Kirchen, für Kultur- und Bürgerrechtsinitiativen, beginnt dort, wo die öffentliche Auseinandersetzung über die Ausländer in Deutschland in falschen Alternativen geführt wird: Wenn etwa mit der Diskussion um die Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitnehmer, um weitere Integrationsanstrengungen suggeriert wird, ein „ausländerfreies“ Deutschland sei noch eine realistische Möglichkeit. So beklagte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, *Cornelia Schmalz-Jacobsen*, bei der Vorstellung ihres letzten Berichtes an den Bundestag: „Grundsätzlich arbeiten wir auch im 40. Jahr der Anwerbung immer noch daran zu verdeutlichen, daß die Migranten und Migrantinnen in ihrer großen Mehrheit zu einem festen Bestandteil der Bevölkerung Deutschlands geworden sind, daß ihr Aufenthalt nicht mehr zur Disposition steht.“

Kein konfliktfreier Zustand

Die Ausländerbeauftragte hegt dabei die Hoffnung: Wenn es gelingt, einer breiten Schicht innerhalb der Bevölkerung klarzumachen, daß – in der Formulierung des Frankfurter Dezernenten für multikulturelle Angelegenheiten, *Daniel Cohn-Bendit* – „die Anwesenheit der Ausländer in Deutschland nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall“ ist, würden sich für viele, augenblicklich unauflöslich scheinende Probleme zufriedenstellende Lösungen finden lassen.

Wenn sich die Erkenntnis, daß die Ausländer ein dauerhafter Bestandteil unserer Gesellschaft geworden sind, nur zögerlich durchzusetzen scheint, trägt daran der mitunter fast lächerlich erscheinende Streit um die Selbstdefinition Deutschlands als „Einwanderungsland“ Mitschuld. Schon die Vorgängerin der amtierenden Bundesbeauftragten betonte: Deutschland ist faktisch, bezogen auf die Stärke der realen Zuwanderung, eben ein „Einwanderungsland“. Diese Erkenntnis zu verweigern, sich damit vor allem aber vor der Aufgabe zu drücken, diese faktische Einwanderungs-

situation aktiv zu gestalten, sei grob fahrlässig. Ein Gutteil der ausländer- und integrationspolitischen Defizite resultierten direkt aus dieser verweigerten Einsicht; zulasten der „Eingewanderten“, die nach wie vor besonders mit der unzulänglichen rechtlichen Absicherung ihrer Lebensperspektive zu leben haben.

Dabei besteht in Deutschland derzeit eine problematische Wechselwirkung zwischen dem Mangel an offensivem Gestaltungswillen der faktischen Einwanderungssituation bei den politisch Verantwortlichen und einer ebenso ungenügenden wie oftmals problematisch vereinfachenden öffentlichen Auseinandersetzung. Eine Identität als Einwanderungsgesellschaft, die die Probleme und Schwierigkeiten dieser Situation ehrlich angeht und nicht mehr verdrängt, kann so nicht entstehen. Der Osnabrücker Migrationsforscher *Klaus Bade* hat diese Wechselwirkung vor dem Hintergrund der – hoffentlich überwundenen – Phase gewalttätiger Ausländerfeindlichkeit Anfang der 90er Jahre mit der Formel beschrieben: Ratlosigkeit von oben treffe auf Angst von unten.

Der Prozeß der Aufnahme und Integration einer so großen Gruppe Ausländer – Statistiker bezeichnen Deutschland ungerührt derzeit als das zweitgrößte Einwanderungsland – kann nicht ohne Ängste und Sorgen, Konflikte, Befremden und zahlreiche Mißverständnisse ablaufen, zu denen beide Seiten, Einwanderer wie Aufnahmegesellschaft, beitragen. In letzterer sind dabei die Ängste um das Eigentum, den Verlust eines gewissen sozialen und ökonomischen Status sicher entscheidender als etwa die Furcht vor kultureller Überfremdung. Diese Ängste müssen sich artikulieren können, ein verstohlenes Hoffen, sie würden sich mit der Zeit schon legen, ist ebenso gefährlich wie ein populistisches Schüren dieser Sorgen. Ihnen kann nur mit dem Verweis auf geglückte Integration begegnet werden und dem durchaus möglichen, wenn auch nicht zu euphorisch zu zeichnenden Nachweis des „Gewinns“, den der ausländische Bevölkerungsteil für das Land bedeutet.

Zuerst aber muß der politische Wille zur Anwesenheit der Migranten und Migrantinnen unmißverständlich und entschieden vertreten werden, mit nach den einzelnen Gruppen jeweils verschiedenen Begründungen. Nur so ist zu verhindern, daß eine durchaus legitime Auseinandersetzung über Nutzen und Schaden der Zuwanderung, letztlich auch die über Grenzen der Aufnahmekapazität Rechte und Menschenwürde der Zugewanderten verletzt. Andererseits können auch nur so etwas blauäugige Argumente entkräftet werden, die nur die Bereicherung durch die Zuwanderung betonen, bei deren zwangsläufiger Desillusionierung sich gefährlicher sozialer Sprengstoff bilden kann. Fest steht bei alledem überdies: Angesichts der weltweiten Migrationsbewegungen, dem großen Gefälle an Lebenschancen wird es auch weiterhin, ob mit Einwanderungsquoten gesteuert oder nicht, erwünscht oder nicht, immer ein gewisses Maß an Zuwanderung nach Deutschland geben. Die Deutschen müssen sich darauf vorbereiten, auch in für sie als gravierend empfundenen Krisenzeiten.

Alexander Foitzik